

Verschleierungsspiele um Wackersdorf

Die Bonner Politiker im Energie-Notstand: Seit der Entscheidung der Veba für die atomare Wiederaufarbeitung in Frankreich üben sich die Regierenden im Verschleiern. Sie

wissen, daß ihr Atomsymbol Wackersdorf nicht zu halten ist; doch sie müssen vorerst so tun, als könne die umkämpfte Anlage planmäßig zu Ende gebaut werden.

Ungewohnte Selbstbescheidung zeigten François Mitterrand und Helmut Kohl auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen in Paris. Nach ihrer ersten Begegnung am Mittwoch der vergangenen Woche erklärten die Chiefs, der Streit über Wackersdorf und die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der atomaren Wiederaufarbeitung seien „außerordentlich wichtig“. Deshalb wolle man das Thema „den Fachleuten“ überlassen.

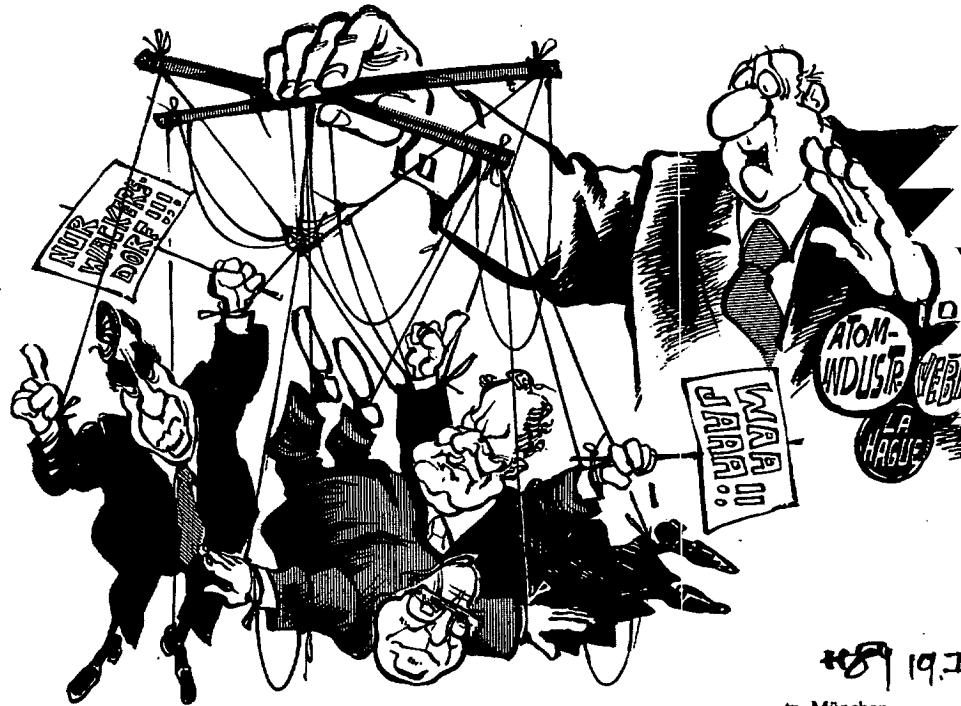
Die machten sich ans Werk, und schon einen Tag später war eine „Zwei-Säulen-Theorie“ geboren. Im offiziellen Kommuniqué bekräftigte die Bonner Regierung, an ihrer „Politik des Brennstoffkreislaufs festzuhalten, was das Bestehen von zwei Standorten von Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und in der Bundesrepublik einschließt“.

Diese Feststellung bedeute, interpretierte Kohl in Paris, „daß die Wiederaufarbeitung auf zwei Säulen gestellt“ werde – zwei Säulen, ergänzte Umweltminister Klaus Töpfer am Donnerstagabend im Bundestag, „die sich bei Auftreten der Lasten wechselseitig ergänzen“.

Alles klar also? Die umstrittene Atomfabrik in Wackersdorf kann weitergebaut werden, obwohl die Kraftwerke des Veba-Konzerns die abgebrannten Brennstäbe zukünftig in Frankreich aufarbeiten lassen? Die deutsche Atomindustrie wird zehn Milliarden Mark für Wackersdorf und zugleich Milliarden für den Betrieb im französischen La Hague ausgeben, obwohl dann riesige Überkapazitäten entstehen würden?

Mitnichten. Was die Kohl-Regierung in der vergangenen Woche, nach dem Veba-Schocker, in Sachen Wackersdorf darbot, war nicht mehr als eine große Vernebelungsaktion. Es bleibt bei jener schlichten, aber inhaltsschweren Feststellung, die Fachleute aus dem Umwelt-, dem Forschungs- und dem Wirtschaftsministerium am 13. April für ihre Chiefs aufschrieben: „Die Realisierung des französischen Angebots an die Veba schließt eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage aus.“

Nach wie vor ist richtig: Stellt sich die Bundesregierung dem Drang der deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen nach Zusammenarbeit nicht in den Weg, unterschreibt sie die nötigen Staatsverträge – dann werden die Stromkonzerne, an der Spitze die Elektrizitätsabnehmer der Veba und das RWE, Wak-



tz, München

„Entschuldigt Freunde, ich glaub', ich hab' da einen Knoten reingebracht!“

kersdorf als Standort für die Wiederaufarbeitung fallenlassen.

So wird, so muß es kommen. Bonn kann es sich nicht leisten, Paris zu brüskieren und den Unternehmen die traute nukleare Zweisamkeit zu verweigern. Scheitern könnte das Projekt nur, wenn der Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder im Verlauf der Verhandlungen selbst zurückzucken würde, weil die Franzosen unzumutbare Bedingungen stellen.

Kanzler Kohl verbreitet unterdessen ungerührt, er habe „bis zu diesem Augenblick keinen Grund“, seine Position zu ändern. Dem bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl schrieb der Regierungschef, er halte „Wackersdorf für notwendig“.

Kohl weiß seit Monaten, daß diese Position nicht haltbar ist, daß Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder und die überwiegende Mehrzahl der Strommanager das Milliardengrab Wackersdorf lieber heute als morgen aufgeben würden.

Der Veba-Herr hat Kohl, anders als Kanzler-Helfer Wolfgang Schäuble in der vorigen Woche glauben machen wollte, nicht nur beiläufig informiert.

Bennigsen hat Kohl seine Pläne im Detail dargestellt, die Folgen für Wackersdorf drastisch geschildert.

Seit diesen Gesprächen hat Kohl begriffen: Wackersdorf ist kaum noch zu halten. Daß er dennoch öffentlich das Gegenteil sagt, ist ausnahmsweise nicht der üblichen Politiker-Sturheit zuzuschreiben. Kohl kann die nationale Wiederaufarbeitung nicht einfach fallenlassen, weil die Stromunternehmen sonst womöglich sofort ihre Atomkraftwerke abschalten müßten.

Der vom Atomgesetz geforderte Entsorgungsnachweis für abgebrannte Brennelemente ist eng mit Fortschritten beim Bau der Wiederaufarbeitung im Taxölderner Forst verknüpft. Würde dort ein Baustopp wirksam, könnte jeder Verwaltungsrichter zu dem Ergebnis kommen, der Nachweis der atomaren Entsorgung sei mit diesem Baustopp zusammengebrochen. Die Betriebsgenehmigungen für Leichtwasserreaktoren wären damit hinfällig.

Noch folgenschwerer könnte ein sofortiges Aus von Wackersdorf für die Betreiber der bayrischen Atommeiler sein. Sie haben als gesetzlichen Entsorgungsnachweis die Unterbringung der Brennelemente im Eingangsager von Wak-

kersdorf angegeben. Dieses Lager soll schon Jahre vor der eigentlichen Wiederaufarbeitungsfabrik fertig sein.

Ein Baustopp bedeutete das Aus für das Nuklearlager, die Betreiber müßten einen neuen Platz für ihre Brennelemente suchen. Der ist nicht leicht zu finden. In der Zwischenzeit müßten sie die Leichtwasserreaktoren abschalten.

Diese Zusammenhänge hatte zunächst auch Bayerns Ministerpräsident Streibl nicht parat. Im ersten Zorn hatte er selbst mit Baustopp gedroht. Doch nach einem Wink aus Bonn rührte Streibl das heiße Thema nicht mehr an.

Das trotzige Streibl-Wort, ohne Wiederaufarbeitung stehe Wackersdorf als Zwischenlager nicht zur Verfügung, ist längst verklungen. Die Bayern brauchen die Lagerkapazität eben unabhängig von der Wiederaufarbeitung ganz dringend.

Veba-Chef Bennigsen blieb deshalb gelassen, als der CSU-Vorsitzende Theo Waigel drohte, ohne Wiederaufarbeitung wollten die Bayern überhaupt nichts mehr mit abgebrannten Brennelementen zu tun haben. „Dann sollen sie's eben lassen“, knurrte der Manager.

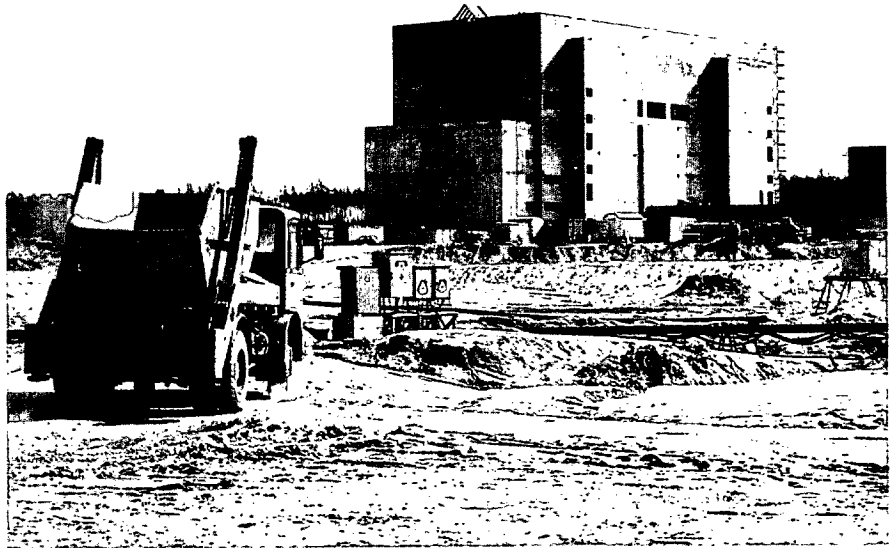
Aus Sorge um die Entsorgung und um die atomare Stromversorgung vergatterten die Fachleute in Bonn Kanzler und Minister, die Wackersdorfer Fahne hochzuhalten. Das muß so lange geschehen, wie der Vertrag zwischen der französischen Firma Cogema und der Veba sowie das deutsch-französische Regie-

rungsabkommen noch nicht unterschrieben sind. Erst dann kann der Entsorgungsnachweis bruchlos von Wackersdorf auf La Hague umgepolt werden.

Den Rückgriff auf Wackersdorf glaubt Umweltminister Töpfer noch aus einem anderen Grund sichern zu müssen: Das „Memorandum of Understanding“ zwischen Veba und Cogema, Grundlage für Vertragsverhandlungen der Firmen, gibt

den Bonner Entsorgungsspezialisten noch einige Rätsel auf. Nachbesserungen erscheinen ihnen geboten.

Auf keinen Fall wollen sie die Klausel 2.7 aus dem „Appendix“ der vorläufigen Vereinbarung hinnehmen. Sie bestimmt, daß die Veba sich aus dem gemeinsamen Wiederaufarbeitungsunternehmen nach Belieben zurückziehen kann, wenn in der Bundesrepublik die Wiederaufarbei-



Baustelle Wiederaufarbeitungsanlage: „Dann sollen sie's eben lassen“

Ein billiges Ende für den HTR

Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop wird endgültig stillgelegt

Das Todesurteil trägt die Unterschrift eines Atomfans. Am Mittwoch der vorigen Woche besiegelte Forschungsminister Heinz Riesenhuber offiziell das Ende des Hochtemperaturreaktors (HTR) in Hamm-Uentrop, einer über Jahre hochgejubelten Atomhoffnung.

Steif schrieb der Minister an die Betreiber des Reaktors, eine Gruppe von Elektrizitätsversorgungsunternehmen: „Nachdem also offenbar einem Dauerbetrieb ... nicht überwindbare Schwierigkeiten entgegenstehen, stimme ich ... dem Auslaufbetrieb mit anschließender Außerbetriebnahme zu.“

Auf 20 Jahre Betriebsdauer war der vielgelobte Kugelhaufenreaktor angelegt. Nun ist das 4,5 Milliarden Mark teure Demonstrationsprojekt, zu 80 Prozent vom Steuerzahler finanziert, nach ganzen 16 500 Betriebsstunden am Ende.

Riesenhuber ist schon glücklich, wenigstens einen öffentlichkeitswirksamen Konkurs in letzter Minute ab-

gewendet zu haben. Und er freut sich, daß er dem Fortschrittssymbol eine Sterbefrist von rund zwei Jahren erschlichen hat. Schließlich wird nächstes Jahr in Nordrhein-Westfalen und im Bund gewählt.

Die Gründe für das Debakel des HTR, der zur Zeit wegen Schäden an Heißgaskanälen stillliegt, nennt Riesenhuber in seinem Brief ohne Beschönigung: „Aus den bisherigen Erfahrungen abgeleitete Zweifel an hinreichender Betriebszuverlässigkeit und Verfügbarkeit; nur noch begrenzter Brennelementvorrat ohne derzeit absehbare Anschlußfertigung; das Verlangen, die Risikobeteiligungssumme (des Staates) von jetzt 450 Millionen Mark auf mehr als eine Milliarde Mark anzuheben.“

Die Forderung der Betreiber nach einer so ungeheuren Anhebung des staatlichen Risikobeitrags kam nicht von ungefähr. Seit Übernahme des Kraftwerks am 1. Juni 1987 machte der Reaktor riesige Verluste. Der Fonds von 450 Millionen Mark, aus

dem diese Defizite ausgeglichen werden sollten, war daher bereits im Februar dieses Jahres geplündert.

Es muß mithin mehr Geld her. Die Genehmigungsbehörde hat Nachrüstungen für 120 Millionen Mark gefordert. Die spätere Anlagenbeseitigung kostete nach neuen Gutachten plötzlich nicht mehr 180, sondern 400 Millionen Mark, die in die Rücklagen gehören. Da die Stromunternehmer keine Mark nachschießen wollen, drohte der GmbH die Überschuldung, der Gang zum Konkursrichter schien überfällig.

Offen ist bislang, welchen Tod der HTR sterben wird. Da das Geld für den Abriss des verstrahlten Kraftwerks nicht da ist, verfiel Riesenhuber auf eine billigere Variante. Statt die Anlage zu demontieren und am Standort des Atommeilers wieder eine grüne Wiese anzulegen, soll nun der „sichere Einschluß“ des Reaktors erfolgen. Das kostet nicht 400, sondern nur 40 Millionen Mark.

Am 25. April werden die HTR-Gesellschafter nach diesem Muster den Stilllegungsantrag stellen. Wie in Kalmar am Niederrhein und im oberpfälzischen Wackersdorf wird in Hamm-Uentrop dann eine weitere Ruine des Atomzeitalters zu besichtigen sein.

tung oder der Gebrauch von wiederaufgearbeitetem Material verboten wird.

Mit dieser Bestimmung will die Veba Vorsorge für den Fall betreiben, daß eine rot-grüne Regierung sich einmal generell gegen die Wiederaufarbeitung und für die direkte Endlagerung entscheidet.

Für die deutschen Entsorgungskontrolleure aber macht die Rückzugsklausel den Zugriff auf die französische Wiederaufarbeitung zu unsicher. Sie soll weg.

Auch andere Paragraphen wollen die Bonner Beamten noch sorgfältig abklopfen – etwa die über Anforderungen an den übrig bleibenden Atom Müll, über dessen Konditionierung für das Endlager in Gorleben und über die Transportbedingungen.

Erst wenn alle Bedenken ausgeräumt und die Verträge unterschrieben sind, wird es ernst für Wackersdorf. Bayerns Streibl hat sich inzwischen ins Unvermeidliche gefügt. Er erkennt die sachlichen Zwänge; er macht zudem in seiner Partei Unwillen aus, weiter für Wackersdorf zu kämpfen.

Die Begründung für das spätere Auszeichneten die Fachleute Kohls und Mitterrands trotz gegenteiliger Trompetentöne in Paris schon vor. Sie gaben Töpfer und seinem Kollegen Roger Fauroux zwei Monate Zeit, „die Absichtserklärung zwischen Veba und Cogema in einen größeren Zusammenhang zu stellen“.

Der „größere Zusammenhang“ ist die eigentliche Botschaft von Paris. Die gemeinsame Kommission soll alle Teile des nuklearen Brennstoffkreislaufs in beiden Ländern in ihre Überlegungen einbeziehen. In internen Papieren zeichnet sich bereits die spätere Auflösung der heute so verwirrenden „Zwei-Säulen-Theorie“ ab.

In La Hague konzentrieren demnach beide Staaten die Wiederaufarbeitung. Veba und Cogema verzichten aber auf eine im „Memorandum of Understanding“ ebenfalls für La Hague ins Auge gefaßte gemeinsame Fabrik für neue Brennelemente aus Natururan und dem bei der Wiederaufarbeitung zurückgewonnenen Uran am Ärmelkanal. Dieser Teil des Brennstoffkreislaufs könnte nach Wackersdorf kommen, inklusive eines großen Brennelementelagers.

Schließlich sollen die Bayern im Rahmen der nuklearen Europäisierung auf die ferne Zukunft vertröstet werden. Die Wiederaufarbeitungsfabriken in La Hague und im englischen Sellafield könnten ja irgendwann nach dem Jahr 2000 immer noch nicht ausreichen. Für diesen Fall müsse man sich Wackersdorf als dritten Europa-Standort vorbehalten.

Die in Paris gebildete Kommission soll sich allerdings nicht allein mit solchen Atomstrategien beschäftigen. Töpfer, der deutsche Vorsitzende, soll in dem Gremium mit Frankreich über die Rolle der Kernenergie im gemeinsamen Markt, über heikle Fragen wie Atomstrom-Exporte, über die Rolle von Kohle und Koh-

lesubventionen, über die Arbeitsteilung beim Entwickeln neuer Energietechniken verhandeln.

Einen „größeren Zusammenhang“ dieser Art hatte bereits Veba-Chef Benignen bei seinen Gesprächen mit den französischen Kollegen im Auge. Neben der Wiederaufarbeitung war auch der Bezug von billigem französischem Atomstrom ein Thema. Im gleichen Maße, wie die Veba Atomstrom von jenseits der Grenzen einkauft, möchte die Firma eigene Elektrizität an notleidende Ostblockländer verkaufen.

Kohl wurde angesichts solcher Aussichten für seine Verhältnisse geradezu lyrisch. Der deutsche Regierungschef in Paris: „Wir stoßen auf neue Felder vor, halten einen Augenblick inne und überlegen, wie es weitergeht.“

UNTERNEHMEN

Hin und her

Der ehemaligen Flick-Firma Feldmühle Nobel geht es nicht besonders gut, Merkwürdiges tut sich bei der Aktie des Unternehmens.

Ganz oben im Bücherregal seines Büros hat Heribert Blaschke die Nachbildung des Hollywood-Oscars stehen. Besuchern erzählt er, das goldene Stück hätten ihm „die Sekretärinnen geschenkt, weil ich so nett sein soll“.

Er hat tatsächlich was Verbindlich-Gewinnendes, der Heribert Blaschke. Wegen dieses Wesenszuges wird er oft unterschätzt. Mit viel Raffinement und Ehrgeiz hat es der einstige Steuerbeamte zum Vorstandssprecher der Feldmühle

Nobel AG (Feno), der Nachfolgefirma des Flick-Konzerns, gebracht.

Blaschke glaubt, bei der Feldmühle gute Leistungen gezeigt zu haben. Der Papier-, Küchen- und Sprengstoff-Konzern (7,9 Milliarden Mark Umsatz, 33 500 Beschäftigte) ist laut Blaschke ein Unternehmen mit hoher Liquidität. Der Chef: „Schwächlich ist bei uns gar nichts.“

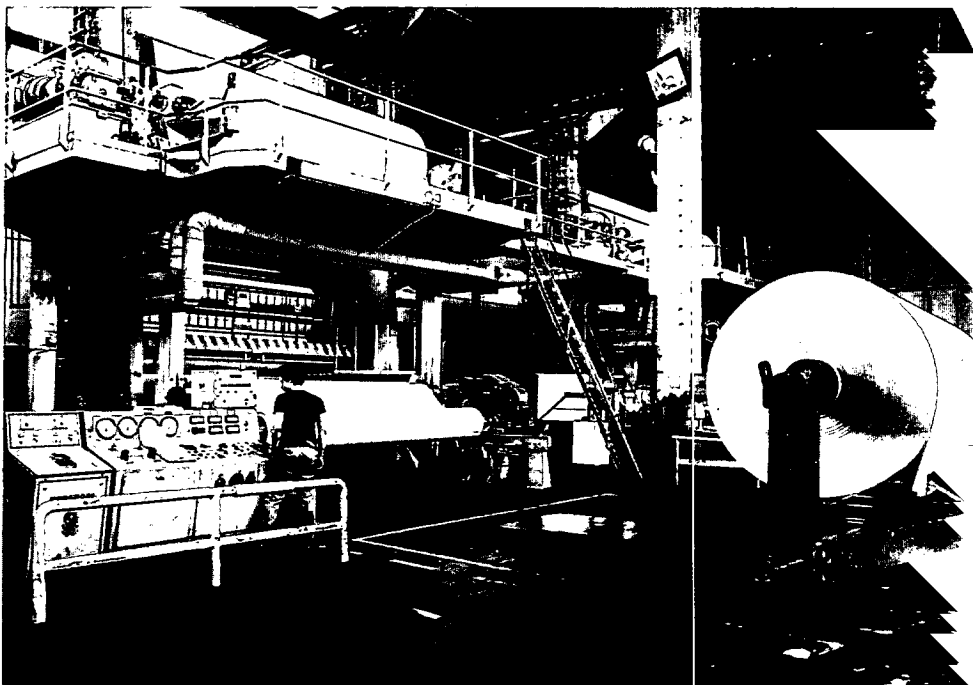
Zu Blaschkes Feno-Bild paßt der Aktienkurs. Das Papier wird um rund 20 Prozent über dem Ausgabekurs von 1986 gehandelt. Eine solide Entwicklung, nichts Aufregendes.

Wirklich nicht? Um die Feno spielt sich derzeit Seltsames ab. Die Firma ist seit Monaten Mittelpunkt verwirrender Börsenmanöver. Riesige Feno-Pakete werden hin- und hergeschoben. Seit Wochen machen Gerüchte von heimlichen Aufkäufen die Runde.

Manager, die das Unternehmen von innen kennen, haben keine Erklärung dafür, warum jemand Feno-Aktien en masse kaufen sollte. Eine Perle ist die Feldmühle wahrlich nicht. Die Probleme fangen mit Blaschke an.

Der Feno-Chef ist vielen Herren verpflichtet, seine Vergangenheit ist reichlich Flick-lastig.

Als der Industrielle Friedrich Karl Flick 1985 für 5,3 Milliarden Mark seinen Konzern an die Deutsche Bank verkaufte, war der einstige Leiter der Flick-Steuerabteilung der engste Berater des amts müden Konzernherrn. Blaschke brachte seinerzeit das Kunststück fertig, dem Verkäufer Flick wie auch dem Käufer, der Deutschen Bank, mit seinem Wissen behilflich zu sein. Bei ihren Verhandlungen mit dem sprunghaften Groß-Kapitalisten konnten sich die Ban-



Papierproduktion bei der Feldmühle: Selbst der beste Teil des Konzerns hat Probleme